

Ralf Ludwig

# Bedrohte Wissenschaft: Angriffe erkennen und abwehren

## Prolog: Der Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit

Als Physikochemiker habe ich natürlich an der Bunsen-Tagung 2026 in Dresden teilgenommen. Zum Thema *Properties and Processes under Confinement* haben wir aufregende Sprecher:innen erlebt, Vorträge von Doktorand:innen und Postdocs diskutiert und lebhaft Gespräche in Postersitzungen geführt. Es war ein Thema unserer Wahl, bearbeitet mit den von uns ausgesuchten Methoden und frei kommuniziert auf einer Konferenz: ein Ausweis der Wissenschaftsfreiheit. Die Wissenschaftsfreiheit ist in Deutschland im Grundgesetz (Art. 5 Abs. 3, Satz 1 GG) verankert und bildet eine zentrale Säule für unabhängige Forschung. Sie ermöglicht es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ohne äußeren Druck zu forschen, zu lehren und ihre Ergebnisse öffentlich zu verbreiten. Die Wissenschaftsfreiheit («academic freedom») bedeutet also das Recht auf freie Wahl der Themen und eingesetzten Methoden in der Forschung ebenso wie die freie Wahl der Mittelung der Forschungsergebnisse in der Lehre und darüber hinaus.

Sie unterscheidet sich von der bürgerlichen Meinungsfreiheit («freedom of speech»), das als Recht auf freie Meinungsäuße-

rung (Art. 5 Abs. 1, Satz 1 GG) ebenfalls grundgesetzlich geschützt ist. Die renommierte Historikerin Joan Scott bringt den Unterschied auf den Punkt: «Free speech makes no distinction about quality. Academic freedom does [1, 2].» Gemeint ist damit, dass nicht jede Meinungsäußerung unter der Flagge der Wissenschaftsfreiheit segeln darf. Vielmehr gelten Mindestanforderungen der «Ernsthaftigkeit, Rationalität und hinreichenden Objektivierung» ebenso wie ein «Mäßigungsgebot», wie Klaus Ferdinand Gärditz, Professor für Öffentliches Recht an der Universität zu Bonn, bekräftigt [3].

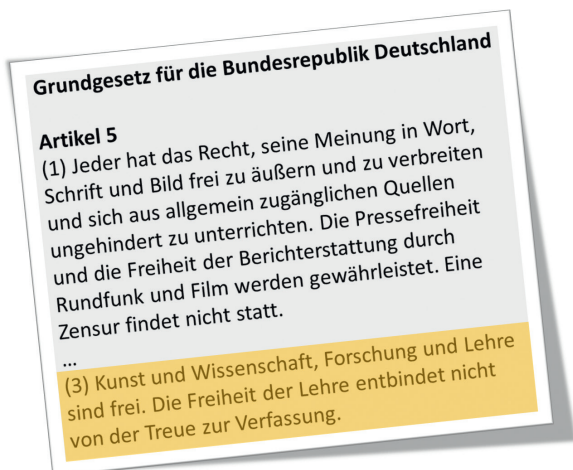
## Angriffe auf Wissenschaft und Forschung weltweit

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die «freedom of speech» Verfassungsrang, eine geschützte Wissenschaftsfreiheit gibt es nicht. Die Konsequenzen sind bekannt: Bereits bewilligte Forschungsmittel werden zurückgezogen, Forscherinnen dürfen nicht mehr reisen, um ihre Ergebnisse auf internationalen Konferenzen zu präsentieren. Sie dürfen ihre Resultate nicht mehr in renommierten Zeitschriften ihrer Wahl veröffentlichen. Forschungsförderung wird als politisches Instrument eingesetzt. Mittel werden gestrichen und erst dann wieder freigegeben, wenn sich die Universitäten der rechtsgerichteten Agenda der Trump-Administration anpassen und insgesamt ein freundliches akademisches Umfeld für «konservative Ideen» schaffen.

Auch in Europa ist die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr. Die Finanzierung von Universitäten wurde aus ideologischen Gründen gekürzt, regimekritische Professoren wurden entlassen, akademische Gremien wurden mit politischen Vertretern neu besetzt, und in Ungarn wurde eine ganze Universität geschlossen.

## Angriffe auf Wissenschaft und Forschung (durch die AfD)

In Deutschland drohen ebenfalls Angriffe auf Wissenschaft und Forschung. Wegen ihres systematischen, objektiven, nachvollziehbaren und kritischen Strebens nach Erkenntnis und Verständnis sind sie strategische Angriffsziele einer «gesichert rechtsextremistischen» Partei, der AfD. Die Partei greift Wissenschaft und Forschung insgesamt an, vor allem Institutionen, die gesellschaftlich sensible oder politisch relevante Forschung betreiben – Klima, Gender, Demokratie, Erinnerungskultur, Pandemieforschung. Ziel ist es, die Dysfunktionalität der Forschung aufzuzeigen, deren Legitimität infrage zu stellen, Vertrauen in wissenschaftliche Autorität zu untergraben. Der offene Feldzug gegen die Zivilgesellschaft, Kultur, freie Medien und nicht zuletzt die Wissenschaftsfreiheit in den Vereinigten Staaten wirft



**Abb. 1:** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5 Absatz 3. Die renommierte Historikerin Joan Scott fasst den Unterschied wie folgt zusammen: „Die Meinungsfreiheit macht keinen Unterschied hinsichtlich der Qualität. Die akademische Freiheit hingegen schon.“

Prof. Dr. Ralf Ludwig  
Universität Rostock  
Institut für Chemie  
Albert-Einstein-Str. 27, 18059 Rostock  
ralf.ludwig@uni-rostock.de

die Frage auf, ob eine solche Entwicklung im Falle eines Wahlerfolgs und einer Regierungsbeteiligung der AfD auch in Deutschland möglich ist? Die Frage ist klar mit ja zu beantworten.

Dieser Beitrag gliedert sich in drei Kapitel. *Erstens* identifiziert er eine Auswertung von AfD-Programmen, Anträgen und Kleinen Anfragen in Parlamenten, sowie öffentlichen Äußerungen von Meinungsführern besonders angegriffene Themen, Disziplinen, Institutionen und Persönlichkeiten. *Zweitens*: Auch ohne direkt an Regierungen in Bund oder Land beteiligt zu sein, beeinflusst die AfD den Diskurs in Wissenschaft und Forschung, etwa in der Gender-Politik, der Medizin oder auch der Klimaforschung. Wo wird die AfD als erstes angreifen, sobald sie an Regierungsverantwortung beteiligt ist? Die Auswertung von Programmen, Anträgen und Äußerungen lässt durchaus Schlüsse darauf zu. *Drittens* wird ein Zehn-Punkte-Plan vorgeschlagen, um gut vorbereitet zu sein und die Angriffe auf Wissenschaft und Forschung abwehren zu können.

## I. Themen, Disziplinen, Institutionen und Persönlichkeiten

### Klimaforschung

Die AfD bestreitet den menschengemachten Klimawandel und bezeichnet ihn häufig als «Klimahysterie» oder «Klimareligion». Forschende und Institutionen wie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) werden gezielt diskreditiert. Die Rolle des ehemaligen Direktors Hans Joachim Schellnhuber als Berater der Bundesregierung wurde infrage gestellt. Der Klimaforscher Mojib Latif vom GEOMAR in Kiel, wurde als „Untergangsprophet“ diffamiert. Die Klimaberichte des Deutschen Wetterdienstes (DWD) werden als politisch motiviert bezeichnet. Die AfD fordert die Streichung von Fördermittel für Klimaforschung und den Stopp des Ausbaus erneuerbarer Energien. Internationale Abkommen wie der Pariser Vertrag sollen gekündigt werden.

### Sozial- und Geisteswissenschaften

Die AfD diffamiert Gender Studies, Migrations- oder Demokratieforschung regelmäßig als «ideologisierte Pseudowissenschaften». Fördergelder für diese Bereiche sollen gestrichen oder Lehrstühle abgeschafft werden. Einzelne Forschende werden durch parlamentarische Anfragen und öffentliche Kampagnen persönlich angegriffen – was einen Einschüchterungseffekt erzeugen soll.

### Geschichte und Erinnerungskultur

Die AfD versucht, die historische Forschung zur NS-Zeit umzu-deuten oder zu relativieren («Vogelschiss»-Rhetorik). Gedenkstättenarbeit und historische Bildungsprojekte, die sich mit den Themen Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus befassen, geraten ins Visier. Die Arbeit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora wird als «einseitig» kritisiert. Die wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung durch die zentrale Gedenkstätte Deutscher Widerstand oder das Ausschwitz-Komitees wird als «Schuld kult» diffamiert.

### Sozial- und Kulturforschung

Angegriffen werden Forschungsprojekte zu den Themen Rassismus, Migration, Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit. In kleinen Anfragen stellt die AfD diese Forschung

in Frage und bezeichnet sie als «linke Ideologie». Besonders Wissenschaftler:innen, die zum Thema Rechtsextremismus arbeiten, werden öffentlich angegriffen. So etwa Andreas Zick vom Bielefelder Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erforscht. Oder Michael Butler von der Universität Tübingen, der für seine Forschung zu Fake News und Verschwörungstheorien als «Propagandist» beschimpft wird.

### Demokratieforschung

Der Demokratieforschung werden «Einseitigkeit» und «linke Ideologisierung» unterstellt. Dies gilt besonders für Projekte des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ).

### Medizin/Virologie/Epidemiologie

Während und nach der Corona-Pandemie schürte die AfD Misstrauen gegenüber epidemiologischer und virologischer Forschung. So wurde trotz anderslautender wissenschaftlicher Empfehlungen die sofortige Aufhebung von Corona-Maßnahmen gefordert. Das Robert Koch-Institut (RKI) wurde während der Corona-Pandemie als «Regierungsinstitut» angegriffen oder politisch gesteuert diffamiert. Mehrfach wurde gefordert, das Institut zu reformieren und Leitungspositionen («Wieler muss weg») neu zu besetzen. Experten wie Christian Drosten von der Charité Berlin wurden als «Panikmacher» bezeichnet und die Seriosität abgesprochen.

### Gender Studies und Geschlechterforschung, Bildungswissenschaften

Die AfD bezeichnet Gender Studies und Geschlechterforschung als «ideologische Pseudowissenschaft». In Landesparlamenten fordert sie die Abschaffung von Lehrstühlen und Professuren sowie die Streichung von Forschungsprojekten, die als «ideologische Geldverschwendung» bezeichnet werden. Der Einfluss auf Hochschulen und Forschungspolitik soll beendet werden. Zudem fordert die AfD die Rückkehr zu einem «traditionellen» Rollen- und Familienbild und äußert Kritik an Bildungsträgern, die beispielsweise Antidiskriminierungsprojekte durchführen. Das Ziel der Gleichstellung soll aus den Hochschulgesetzen gestrichen werden.

### Anti-Eliten- und Anti-Experten-Rhetorik

Wissenschaftler:innen werden als «abgehobene Elite» dargestellt, die «am Volk vorbeiforscht». Die AfD spricht von einer korrupten und verschwenderischen «Machtelite». Expertise wird durch sogenannten «gesunden Menschenverstand» ersetzt – besonders sichtbar während der Corona-Pandemie, als AfD-Abgeordnete Virolog:innen und Epidemiolog:innen massiv angriffen. Diese Elite fördere eine politisch motivierte Agenda-Forschung wie die Gender-, Klima- oder Migrationsforschung.

### Angriff auf die Drittmittelforschung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist die größte Forschungsfördereinrichtung und zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Sie dient der Wissenschaft in allen ihren Formen und Disziplinen. Die DFG fördert Grundlagenforschung höchster Qualität und handelt in ihren Verfahren wissenschaftsgeleitet. Dabei wird sie

getragen von dem ehrenamtlichen Engagement tausender Wissenschaftler\*innen aus dem In- und Ausland. Das gefällt der AfD nicht. Im Wahlprogramm für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt 2026 fordert sie die völlige Abschaffung der Drittmittelforschung. Den Fördereinrichtungen wie der DFG wird darin vorgeworfen, an jede Projektförderung politische Anforderungen zu stellen. Wörtlich heißt es: „Was nicht dem politischen Mainstream entspricht, wird nicht gefördert. Klimaforschung, die nicht das Dogma vom menschengemachten Klimawandel bestätigt; Migrationsforschung, die in der Masseneinwanderung mehr Nachteile als Vorteile sieht; Germanistik, die deutsche Identität pflegt, anstatt zu vernichten; Corona-Forschung, die zur Erkenntnis gelangt, dass dieses Virus relativ harmlos ist – all das und vieles andere wird durch systematische Verweigerung von Drittmitteln ausgetrocknet.“ Überbeschrieben ist Punkt 11 im Kapitel Wissenschaft mit „Schluss mit dem Drittmittelzirkus.“

### Ausländische Studierende

Direkt nachdem in den USA die Visa-Bedingungen für ausländische Studierende verschärft wurden, zog die AfD in kleinen Anfragen an die Landesregierungen nach. Im sachsen-anhaltinischen Landtag hinterfragt die AfD die steigenden Zahlen ausländischer Studierender und die rechtlichen Grundlagen der Aufenthaltstitel ausländischer Studierender in Deutschland. Mit Fragen nach der Rolle des Studienfortschritts und der Sprachkenntnisse sollen Kriterien herausgefunden werden, die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen oder zumindest die Aufenthaltserlaubnis einzuschränken. Gefragt wird konkret, unter welchen Voraussetzungen ausländische Studierende in Sachsen-Anhalt abgeschoben werden können. Die Antwort dient dann quasi als eine juristische Blaupause. Eine katastrophale Entwicklung für die Internationalisierung der Universitäten und den Kampf um die besten Köpfe weltweit.



Abb. 2: Die Wissenschaftsfreiheit ist bedroht: Themen, Disziplinen, Institutionen und Persönlichkeiten stehen im Visier.

## II. Mögliche AfD-Agenda bei einer Regierungsbeteiligung in Bund und Ländern

Die Auswertung von AfD-Programmen, Anträgen und Kleinen Anfragen in Parlamenten, sowie öffentlichen Äußerungen von Meinungsführern lässt auf eine klare AfD-Agenda bei einer Regierungsbeteiligung in Bund und Ländern schließen. Sie folgt im Wesentlichen dem Vorgehen der Trump-Administration, die zum Sturm auf Bildung, Wissenschaft und Forschung geblasen hat. Waren es anfänglich die unliebsamen Programme für mehr Diversität, Gleichstellung und Inklusion (Diversity-Equity-Inclusion, DEI), sind heute sämtliche wissenschaftliche Disziplinen und Fächer von der systematischen Torpedierung der US-Regierung betroffen. Trump spart an der Forschung, die er für überflüssig hält, etwa beim Klima, der Demokratie oder den Armutskrankheiten. Was also wird passieren, wenn die AfD mitentscheidet?

### Kürzungen und Abschaffung ganzer Forschungsfelder

In den Gender Studies würden Professuren nicht mehr nachbesetzt und Projekte abrupt beendet. Bereits jetzt wirbt die AfD damit, dass so viel Geld eingespart werden könne. Bewusst werden dabei die Beträge zu hoch angesiedelt. Klimaforschung: Streichung staatlicher Förderungen für Forschung zu Klimawandel und Energiewende. In den USA sehen wir bereits das Ausmaß der Katastrophe, wenn Messeinrichtungen geschlossen und Klimadaten nicht mehr zuverlässig erhoben werden. Stellenstreichungen bei den Wetterdiensten führen bereits dazu, dass die Bevölkerung nicht ausreichend schnell vor Naturkatastrophen geschützt werden kann. Rassismus- und Demokratieforschung könnten gekappt werden: Es droht der Stopp der Finanzierung kritischer Gesellschaftsforschung.

### Politische Einflussnahme auf Förderinstitutionen

Ein Marsch durch die Institutionen, wie wir ihn bereits in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen sehen können, wird auch vor der Wissenschaft nicht halt machen. Man muss die Einflussnahme bei der Deutsche Forschungsgemeinschaft, in Stiftungen und bei der Projektförderung allgemein befürchten. Politische Kriterien statt wissenschaftlicher Exzellenz könnten dann über die Mittelvergabe entscheiden (nach Lesart der AfD angeblich «ideologiefrei»). Zentrale Einrichtungen wie das RKI oder die PIK könnten personell neu besetzt werden.

### Umdeutung von Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur

Die Trump-Administration macht weder vor geographischen Umbenennungen halt (Golf von Mexiko wurde zum Golf von USA), noch vor der Umdeutung der eigenen Geschichte (Sklaverei, Bürgerkrieg). In Deutschland wird es der AfD vor allem um die Neubewertung der Hitler-Diktatur und des Holocaust gehen. Einschränkungen oder Umgestaltungen von Gedenkstättenarbeit und Forschungsprojekten zur NS-Zeit deuten sich an. Schon jetzt erleben wir eine stärkere Betonung nationaler Narrative. Es besteht die Gefahr der Relativierung oder der politisch motivierten Umdeutung historischer Forschung.

### Neuaustrichtung der Bildungspolitik

Die AfD will die Rückkehr zu Diplom/Magister anstelle von Bologna-Strukturen (Bachelor/Master). Weniger der Qualität der Ausbildung wegen, sondern aufgrund der internationalen Durch-

## Freiheit der Wissenschaft Universität

**Abb. 3:** Universitäten sind die Wiege der Aufklärung, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Um mehr Widerstandsfähigkeit zu entwickeln, müssen wir die potenziellen Gefahren – sowohl interne als auch externe – für die akademische Freiheit und die Freiheit der Wissenschaftler klar benennen.

lässigkeit der Studiengänge, die mehr internationale Studierende an die Universitäten bringt. Wir müssen weiterhin Einschränkungen in Schul- und Hochschullehre befürchten: z. B. das Verbot externer Vereine bei Sexualpädagogik oder die Abschaffung von Diversity-Programmen. Das Deutsche als verbindliche Wissenschaftssprache soll nach AfD Meinung gestärkt werden, die internationale Ausrichtung hingegen geschwächt.

### Schwächung internationaler Wissenschaftskooperationen

Abgesehen davon, dass die Klimapolitik weltweit an einem Tiefpunkt angekommen zu sein scheint, wird eine von der AfD geführte Regierung den Ausstieg aus Klimaabkommen (Pariser Vertrag) umsetzen. EU-Forschungsprogramme (Horizon Europe) würden stärker national ausgerichtet und Austauschprogramme reduziert.

### Angriffe auf wissenschaftliche Selbstverwaltung

Mit der Beteiligung der AfD an Landesregierungen könnten Universitäten und Forschungseinrichtungen stärker politisch kontrolliert werden. In Gremien, Ausschüssen und Kommissionen würde die AfD ständig versuchen, die Dysfunktionalität der Forschung aufzuzeigen und deren Legitimität infrage zu stellen. Die Freiheit von Forschung und Lehre wäre in Gefahr. Intuition und gesunder Menschenverstand werden an die Stelle wissenschaftlicher Kompetenz und Evidenz gesetzt.

### III. Zehn Punkte für mehr Resilienz in der Wissenschaft

Für uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ergibt sich daraus ein enormer Handlungsbedarf. Wir sehen jetzt schon, dass die Universität in ihrer Struktur und Beschaffenheit und die Wissenschaft als ein größtenteils öffentlich finanziertes, auf Kooperation aber auch auf Konkurrenz basierendes System extrem angreifbar erscheinen. In ihrer eigenen Unsicherheit über die Rolle im politisch-gesellschaftlichen Gefüge bietet die Wissenschaft eine große Angriffsfläche. In der jetzigen Situation sollte unbedingt mehr Augenmerk auf die realen und anstehenden Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit gelegt werden. Dazu machen wir zehn Vorschläge, um die Angriffe auf Wissenschaft und Forschung besser abwehren zu können:

1. Die Wissenschaft sollte Angreifer und deren Motivation genau kennen und sich mit möglichen Bedrohungen frühzeitig auseinandersetzen. Dazu gehört eine innere Kultur der Offenheit und des Diskurses.
2. Hochschulen und wissenschaftliche Institutionen sollten sich gut vernetzen und eine solidarische Gemeinschaft bilden. Handlungskompetenzen können entwickelt, Handlungsspielräume geschaffen und so Angriffe auf Wissenschaft und Forschung abgewehrt werden.
3. Die Wissenschaft sollte eine finanzielle Ausstattung fordern, die eine Verteidigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde erlaubt. Besonders die Hochschulen benötigen eine ausreichende Grundfinanzierung, um resilienter zu werden.
4. In den wissenschaftlichen Einrichtungen sollten verstärkt etablierte Wissenschaftler:innen zu aktuellen Entwicklungen deutlich Stellung beziehen und den Widerspruch und Protest nicht allein den Studierenden und dem akademischen Mittelbau überlassen.
5. Wissenschaft ist nicht parteipolitisch, wohl aber politisch. Wir sollten uns in den politisch-gesellschaftlichen Raum vorwagen, vor allem dort deutlich und laut sprechen, wo Fakten geleugnet werden oder falsch aufbereitet werden. Wir sollten unsere Ideen und Erkenntnisse dorthin tragen, wo gesellschaftlich debattiert wird und wo politische Entscheidungen getroffen werden.
6. Wissenschaft muss ein klares Bekenntnis der Politik zur Freiheit der Wissenschaft einfordern. Dazu gehört eine ausreichende und verlässlich planbare Grundfinanzierung.
7. Die Wissenschaftskommunikation muss entscheidend verbessert werden. Was heißt das? Motive und Ziele der Arbeit werden erläutert, akademische Kontroversen aufgezeigt und auf Grenzen der Fächer hingewiesen. Es wird ehrlich und authentisch kommuniziert, Sackgassen eingestanden und Negativeergebnisse diskutiert.
8. Der Schlüssel für das Vertrauen in die Wissenschaft sind ihre gelebten Werte: Eindeutigkeit, Transparenz, Objektivität, Überprüfbarkeit, Verlässlichkeit, Offenheit und Redlichkeit und nicht zuletzt die Neugier.
9. Wir sollten das Selbstverständnis von Wissenschaft und Forschung besser erläutern. Dazu gehören etwa die Ergebnisoffenheit, die Vorläufigkeit von Ergebnissen oder die Rolle von Modellannahmen.
10. Für die Spitzenforschung brauchen wir die besten Forscherinnen aus der ganzen Welt. Internationalität sollte deshalb großgeschrieben werden. Internationale Studierende und Wissenschaftlerinnen müssen eine offene Gesellschaft und zugewandtes Umfeld vorfinden.



Abb. 4: Die Werte der Wissenschaft sind auch ein guter Leitfaden für das Leben.

### Fazit

Die AfD verfolgt das Ziel, die Dysfunktionalität von Wissenschaft und Forschung aufzuzeigen und deren Legitimität infrage zu stellen. Das Vertrauen in wissenschaftliche Evidenz und Autorität soll untergraben werden. Dafür sammelt die AfD systematisch Informationen, um Disziplinen, Einrichtungen und Persönlichkeiten zu diskreditieren. Wir sind gut beraten, Wissenschaftsfreiheit und Demokratie aktiv zu verteidigen. Wissenschaft ist nicht parteipolitisch, wohl aber politisch. Wir sollten uns in den politisch-gesellschaftlichen Raum vorwagen, vor allem dort deutlich und laut sprechen, wo Fakten geleugnet werden oder falsch aufbereitet werden. Wir sollten unsere Ideen und Erkenntnisse dorthin tragen, wo gesellschaftlich debattiert wird und wo politische Entscheidungen getroffen werden. Natürlich gilt das Überwältigungsverbot, Lehrende dürfen Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Der von der AfD gerne benutzte Kampfbegriff «Neutralitätsgebot» hingegen existiert nicht. Im Gegenteil: wir sind aufgerufen, unser Grundgesetz zu leben und zu verteidigen. Nicht nur für die Wissenschaftsfreiheit.

### Literatur

- [1] Scott, J. W. (2019): «Knowledge, Power, and Academic Freedom.» New York: Columbia University Press.
- [2] Ash, M. G.: «Welche Art Freiheit gebührt der Wissenschaft und welche tut ihr gut?» In: *Forschung: Politik – Strategie – Management*, **15** (2022), Heft 3+4, S. 94–100.
- [3] Gärditz, K. F. (2022): «Wehrhafte Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit» (23.10.2022). <https://verfassungsblog.de/wehrhafte-hochschulen-und-wissenschaftsfreiheit/> (08.11.2022).

### Prof. Dr. Ralf Ludwig



Ralf Ludwig wurde 1961 in Gladbeck geboren. Sein Vorhaben, an der RWTH Aachen Bergbauingenieurwesen zu studieren, kam nicht zustande. Stattdessen studierte er dort Physik. Für seine Diplomarbeit wechselte Ludwig in die Physikalischen Chemie, wo er 1991 in der Forschungsgruppe von Manfred Zeidler promoviert wurde. Nach einem inspirierenden Aufenthalt als Postdoktorand an der University of Wisconsin in Madison (USA) in der Forschungsgruppe von Tom Farrar und im Umfeld von Frank Weinhold entschied er sich für eine wissenschaftliche Karriere in der Physikalischen Chemie. 1999 schloss Ludwig seine Habilitation an der Technischen Universität Dortmund ab und nahm 2004 eine Professur für Theoretische Chemie an der Universität Rostock an. Im Jahr 2011 lehnte er ein Angebot ab, in den Süden der Republik zu wechseln, und übernahm stattdessen den Lehrstuhl für Allgemeine Physikalische und Theoretische Chemie in Rostock. Seine Forschung konzentriert sich auf die Aufklärung der Struktur und Dynamik von Clustern, Flüssigkeiten und Lösungen sowie auf die Entwicklung eines mechanistischen Verständnisses chemischer Reaktionen. Er bringt diese Arbeit aktiv in die interdisziplinäre Fakultät der Universität Rostock und als assoziierter Hochschul-lehrer in das Leibniz-Institut für Katalyse ein. Ludwig ist Mitglied des Senats der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des NFDI-Expertengremiums. Zuletzt war er Vorsitzender der Deutschen Bunsen-Gesellschaft für physikalische Chemie.